
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 23/3 (1996)

DOI: 10.11588/fr.1996.3.60473

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

bibliographie importante, une mise au point historiographique, de nombreuses notes de référence précises témoignent du sérieux et de la qualité scientifique de cette recherche.

Un premier chapitre examine quand et comment se sont formées les perceptions d'Adenauer, et les conclusions qu'il en tirait pour la politique allemande, jusqu'à son accession au pouvoir en 1949. Les conséquences de la guerre de Corée et l'aggravation de la guerre froide (chapitre 2) confortent la vision du chancelier et sa politique. L'auteur analyse ensuite les réactions d'Adenauer à l'amorce de décrispation qui suit la mort de Staline (chapitre 4), le problème de l'intégration de la RFA dans le système occidental – Adenauer préférait-il l'intégration dans la CED ou dans l'OTAN? – (chapitre 5). Les chapitres 6 et 7 étudient les effets de la double crise du système international en 1956 (crise de la déstabilisation à l'Est, crise de Suez à l'Ouest) sur les perceptions, et les orientations du chancelier.

De cette recherche ressort une grande continuité dans les conceptions d'Adenauer. Dès 1945 il considère le système international comme un système bipolaire, voué à la confrontation; cela s'explique par sa vision très négative de l'URSS: aucun compromis n'est possible car l'addition de l'idéologie communiste et de la tradition expansionniste russe constitue une menace permanente, contre laquelle le seul salut est de persuader les Etats-Unis d'y faire face. Dès 1949 cette vision des choses est cristallisée, elle n'a pas changé par la suite, même quand l'URSS, vers le milieu des années cinquante, recherche la détente; pour Adenauer ce n'est là qu'un épisode, lié aux difficultés politiques et économiques que connaît alors le bloc communiste, parenthèse qui ne durera pas.

Quant aux Etats-Unis, si Adenauer leur assigne un rôle essentiel pour la sécurité de la RFA, il n'en nourrit pas moins des doutes et des méfiances à leur égard; il est hanté par un changement dans leurs priorités, les conduisant à un désengagement en Europe et au retour à l'isolationnisme. C'est pourquoi le chancelier attache tant d'importance à la construction d'une Europe occidentale intégrée. Ces craintes augmentent à mesure que décroît la guerre froide; il constate avec amertume que les efforts pour améliorer les rapports Est-Ouest risquent de reléguer la question allemande au second plan. Malgré les changements intervenus dans la situation internationale Adenauer, jusqu'à la fin de 1956, ne remet pas en question ses conceptions et n'élabore pas une autre stratégie.

Pierre GUILLEN, Grenoble

Günter BUCHSTAB (Bearb.), Adenauer: »...um den Frieden zu gewinnen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, Düsseldorf (Droste) 1994, VII–1117 S. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 24).

Hat es in der Zeit der »Ära Adenauer« je einen »CDU-Staat« gegeben, wie zeitgenössische Kritiker damals meinten und auch später oft noch behauptet wurde? Wenn überhaupt dann müßte sich ein solcher Verdacht für die Jahre 1957 bis 1961 belegen lassen: In den Bundestagswahlen vom September 1957 gewannen CDU und CSU erstmals die absolute Mehrheit und vermochten nun für vier Jahre allein zu regieren – bar aller Koalitionszwänge. Der Wahlsieg von 1957 markierte sicherlich den Höhepunkt von Adenauers Kanzlerschaft. Ein »großer Sieg« sei errungen worden, die SPD »hoffnungslos geschlagen«, resümierte der Regierungschef denn auch auf der ersten Sitzung des CDU-Bundesvorstandes nach der Wahl das Ergebnis. Doch von überheblicher Selbstzufriedenheit keine Spur: An die versammelten Parteioberen richtete er im selben Atemzug die Mahnung, sich nicht auf ihren Lorbeeren auszuruhen und endlich das vorherrschende »Honoratiorensystem« zu beseitigen – Stichwort für die notwendige Zukunftsaufgabe einer Parteireform, die die CDU modernisieren und verjüngen sollte.

Der nunmehr vorliegende dritte Band der CDU-Bundesvorstandsprotokolle stützt die Annahme einer erdrückenden politischen Dominanz, ja Hegemonie der Union nicht, son-

dern vermittelt statt dessen einen guten Eindruck von der alltäglichen Kärnerarbeit einer Regierungspartei. Außerdem wird deutlich, daß Adenauer keineswegs nur der Außenpolitiker war, als der er im landläufigen Bild oft erscheint: Innenpolitischem und Parteipolitischem widmete er sehr wohl gesteigerte Aufmerksamkeit. Seine Lageberichte – wiederum eine Quelle ersten Ranges – spiegeln die ganze Palette der Probleme wider: Strukturwandlungen im Agrarbereich und manchem Industriezweig; Sorge um den Standort Deutschland; Versuch einer Reform der Krankenversicherung – manches, was die Politiker in jenen Jahren beschäftigte, kommt einem bekannt vor. Und dann war da auch noch der Versuch Adenauers, einen zweiten Fernsehkanal zu begründen, wobei der Kanzler erst recht alle Allmachtsgefühle verlieren mußte, sollte er sie denn überhaupt je verspürt haben, sah er sich doch der fast geschlossenen Ablehnungsfront sogar der CDU-Ministerpräsidenten gegenüber.

Schließlich war Adenauer auch noch CDU-Vorsitzender, der nicht müde wurde, die eigenen Parteifreunde auf den sozialdemokratischen Gegner einzuschwören. Es gelte, »die Sozialdemokratie als Klassenpartei zu erledigen«, gab er noch 1957 als Parole aus. Zwei Jahre später verabschiedete sich die SPD vom Klassenkampf und versuchte, sich neuen Wählerschichten zu öffnen. Adenauer hielt dies nur für taktische Mimikry und setzte weiter auf Abgrenzung. Der unübersehbaren Tatsache, daß die Sozialdemokraten sich in der Folgezeit in vielen Bereichen CDU-Positionen näherten und ihr Führungspersonal das bisherige »Bürgerschreck«-Image erfolgreich ablegte, wußte der CDU-Parteivorsitzende jedoch wenig mehr entgegenzuhalten als die Aufforderung, immer wieder an die einstmals »anrühige« Vergangenheit der Genossen zu erinnern.

Natürlich findet auch die Außenpolitik in den vorliegenden Protokollen ihren Niederschlag und hier nicht zuletzt das Verhältnis zu Frankreich: Im Frühjahr 1958 steuerte die IV. Republik in die Krise – Algerien erwies sich als übermächtiges Problem. Adenauer sah den Zusammenbruch des alten französischen Parlamentarismus mit Sorge, vermochte allerdings seine Gründe kenntnisreich aufzulisten. Auch den neuen Mann de Gaulle beäugte er zunächst äußerst mißtrauisch – wengleich er ihn als unvermeidbares Übel darzustellen suchte. (Wie sehr er sich bemüht hat, den alten Kräften gegen den General den Rücken zu stärken, verriet er in seinen Lageberichten nicht.) Das änderte sich bekanntermaßen mit dem Treffen von Colombey im September 1958, das hier keine Erwähnung findet. Auf der Konferenz von Bad Kreuznach – dessen Atmosphäre Adenauer dem Vorstand ausführlich schilderte – wurde dann im November 1958 eine Entente geschmiedet, die bis 1963 halten sollte und in der Adenauer de Gaulles deutschlandpolitische Härte in der Berlin-Krise durch europapolitische Flexibilität belohnte sowie die ostpolitischen Signale des Generals (Oder-Neiße-Linie) nur verhalten kritisierte. Erst das Treffen von Rambouillet im Sommer 1960 und de Gaulles weitreichende Vorschläge zu einer Reform von EWG und NATO führten beim Kanzler zu vorübergehender Verstimmung und brachten ihn auch gegenüber der eigenen Partei in Rechtfertigungsnot. Das klingt in den Lageberichten allerdings nur am Rande an – Resultat von Adenauers souveräner Sitzungsleitung, mittels derer er sich den insistierenden Fragen von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier in dieser Sache zu entziehen wußte.

Im Vordergrund der außenpolitischen Erörterungen steht die Deutschlandpolitik: Bereits im Juli 1958 zog Adenauer ein ernüchterndes Fazit der bisherigen Wiedervereinigungsbemühungen: »Wir müssen wohl doch feststellen, daß wir uns alle miteinander in der Schätzung des Zeitpunktes, an dem eine Wiedervereinigung erfolgen kann, getäuscht haben.« Doch mehr denn je gab er sich auch davon überzeugt, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht um jeden Preis erfolgen durfte: »52 Millionen Menschen plus 17 Millionen neutralisiert zwischen den beiden Blöcken zu lassen und damit die Amerikaner zu veranlassen, ihre Truppen aus Europa zurückzuziehen, und damit dann die Franzosen der Versuchung auszusetzen, zusammen mit Rußland zu gehen, das ist nicht unsere Politik.« Nicht zuletzt aufgrund der Erfolglosigkeit der bisherigen Bemühungen wurde nun auch innerhalb der CDU vernehmlicher als bisher größere deutschlandpolitische Flexibilität gefordert – so

von dem stets streitbaren Gerstenmaier, aber auch von dem ehemaligen außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und nunmehrigen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger. Daß auch Adenauer sehr viel beweglicher war, als seine Rhetorik vermuten ließ, wissen wir seit vielen Jahren – im Bundesvorstand erfuhr man davon jedoch nichts.

Das letzte hier abgedruckte Protokoll vom 25. August 1961 zeigt eine CDU, die aus dem Tritt geraten ist, und verweist bereits auf die außenpolitischen Belastungen, denen sich die Bundesregierung bald gegenübersehen wird: Die Union drohte personell und programmatisch in Gegensatz zu den USA zu geraten. Spätestens seit dem Mauerbau mißtrauten etliche in CDU und CSU offen dem Krisenmanagement der Amerikaner in der laufenden Berlin-Krise, unterstellten den USA zu große Konzessionsbereitschaft und glaubten in mancher Aktion oder Äußerung Kennedys überdies Wahlkampfhilfe für die SPD zu erkennen. Daher mahnte Adenauer auch abschließend noch einmal: »Allein die absolute Mehrheit der CDU kann [...] Deutschland retten.« Das sollten die Wähler anders sehen: In der Bundestagswahl vom 17. September gelang es CDU und CSU nicht, erneut die 50% Hürde zu nehmen. Fortan mußten sie wieder eine Koalition mit der FDP bilden – damit begann der Anfang vom Ende der »Ära Adenauer«.

Reiner MARCOWITZ, Dresden

Rainer A. BLASIUS (Hg.), Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München (R. Oldenbourg) 1994, 222 S. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 68).

Der Kanzlerwechsel im Herbst 1963 markierte eine wichtige Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Konrad Adenauer war nicht nur der erste Regierungschef des neuen westdeutschen Teilstaates, er war sein Gründungskanzler. Daher ängstigte Anfang der sechziger Jahre viele im In- und Ausland die Vorstellung seines absehbaren Rücktritts. Erst 1963 verfiel die Autorität des Kanzlers radikal, kam allgemeine Unzufriedenheit auf, die selbst die eigene Partei den Abgang des »Alten« herbeisehnen ließ. Hatte Adenauer seine Macht einst durch eine breite Zustimmung zu seiner Außenpolitik errungen, so verlor er sie nun auch auf diesem Feld. Hieran erinnert der vorliegende Sammelband, der zudem zu belegen sucht, daß der Wechsel zu Ludwig Erhard keinen außenpolitischen Bruch bedeutete. Die Tatsache, daß alle Beiträge von Mitgliedern der Historikerguppe um den Leiter der Edition R. A. BLASIUS stammen, die die »Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland« bearbeiten und somit über erstklassige Quellenkenntnisse verfügen, macht ihn zur interessanten Lektüre.

Wolfgang HÖLSCHER untersucht zunächst die Auswirkungen des Scheiterns des britischen EWG-Beitritts auf die deutsch-französischen Beziehungen. Adenauers Niedergang 1963 ist untrennbar mit de Gaulles Veto gegen die britische EWG-Mitgliedschaft vom 14.1.1963 verbunden: Es weckte sowohl in der Bundesrepublik als auch im westlichen Ausland das alte Mißtrauen gegen die gaullistische Außenpolitik. Der Versuch des Kanzlers, die Bundesrepublik stärker an Frankreich heranzuführen, war nun hoffnungslos diskreditiert. HÖLSCHER schildert den innen- und außenpolitischen Druck, dem Adenauer in diesen Tagen und Wochen ausgesetzt war: Unmittelbar nach de Gaulles Pressekonferenz und vor Adenauers Paris-Besuch zielten die Pressionen darauf ab, den Kanzler zu zwingen, de Gaulle zum Widerruf seines Vetos zu bewegen. Nach der Unterzeichnung des »Elysée-Vertrags« am 22.1.1963 ging es den Opponenten dann um die richtige Einordnung der neuen Abmachung sowie den Versuch, die Verhandlungen zwischen der EWG und Großbritannien nicht endgültig abubrechen. Auf der entscheidenden Sitzung des EWG-Ministerrates in Brüssel am 28./29.1.1963 vermochte man sich indes nicht über das weitere Procedere zu einigen.